Nummer 253 — Halle, Dienstag, den 28. Oktober 1924 — 59. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen und Postanstalten 1,40 Goldmark, durch die Post 1,35 Goldmark und 40 Goldpfennig Postzeitungsgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0,21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Zum Führerwechsel bei der Deutschnationalen Volkspartei.
Landrat a. D. Dr. Winckler.

Nach dem Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei Hergt wurde mit der Parteiführung bis zur satzungsgemäßen Neuwahl der Parteiinstanzen der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion, Landrat a. D. Dr. Winckler, betraut. Im Jahre 1856 in Frankfurt a. O. geboren, studierte Dr. Winckler Jura und wurde 1885 Regierungsassessor in Magdeburg, später Landrat in Zeitz. Den Mansfelder Kreis Naumburg-Zeitz vertrat er als konservativer Abgeordneter im preußischen Abgeordnetenhaus seit 1893. Dem Reichstage gehörte er von 1905 bis 1908 an.

*

Der Landesparteitag der sächsischen Sozialdemokraten und der Parteitag der Deutschnationalen Ostsachsens haben sich für Auflösung des sächsischen Landtages und Neuwahl am 7. Dezember entschieden.

*

Reichsjustizminister a. D. Heinze betonte in einer in der Ortsgruppe der DVP. in Löbau gehaltenen Rede sehr energisch die Ablehnung der Sozialdemokratie.

*

Unser Reichskabinett ist zur Zeit mit sehr schwierigen Vorarbeiten über die Frage der Wiedereinführung von Orden und Titeln beschäftigt. Die Orden hält man aus außenpolitischen Gründen zur Möglichkeit der Verleihung an Ausländer für dringend nötig. — Es ist wirklich schrecklich, mit was für ungeheuren Problemen unsere armen Minister sich abquälen müssen. Hoffentlich kommt man zu befriedigenden Ergebnissen, sonst droht dem künftigen Kabinett gleich von vornherein eine neue Regierungskrisis!

*

Das deutsche Kronprinzenpaar hat gestern nach dreitägigem Besuch beim Kronprinz Rupprecht von Bayern München wieder verlassen. Die Aufnahme in München war äußerst herzlich.

*

Der Nationalverband deutscher Offiziere erläßt einen Wahlaufruf, in dem er sich an alle wendet, die noch in der Vergangenheit des Reiches wurzeln. Er fordert zur Abkehr von den Irrwegen der letzten fünf Jahre auf, verlangt aufrechte gerade Charaktere und nicht die schwankenden Gestalten der eitlen Streberseelen. Weder Personenkult noch Parteiegoismus oder Führereigensinn dürfen es hindern, daß die Gegensätze im nationalen Lager für den Kampf gegen den gemeinsamen Feind zurückgestellt und überbrückt werden, daß die nationale Front zum Niederringen der Demokratie sich zusammenschließt.

*

In Frankfurt a. M. sprachen der französische General Verraux und General v. Schönaich. Als General Verraux von der Versammlung durch minutenlanges Händeklatschen begrüßt wurde und die Rednertribüne betrat, erschollen aus der Versammlung Rufe: Vive la France! Diese Zwischenrufe lösten an verschiedenen Stellen des Saales Schlägereien aus. — Hoffentlich haben die Schläge die Richtigen getroffen!

*

Macdonald hat an den Geschäftsträger der Sowjetrepublik eine Abschrift eines von Sinowjeff unterzeichneten Briefes an das Zentralkomitee der englischen kommunistischen Partei geschickt, der Instruktionen zu gewaltsamer Beseitigung der englischen Staatseinrichtungen und der Zersetzung der königlichen Wehrmacht enthält. Das Foreign Office erklärt, die britische Regierung könne eine solche Propaganda nicht dulden und müsse es als Einmischung in innere Angelegenheiten Englands ansehen. — Sehr richtig!

*

Am Dienstag werden zwei neue französische Torpedoboote von je 1455 Tonnen vom Stapel gelassen. Es handelt sich um den ersten Abschnitt des neuen Marineprogramms.

18000 Arbeiter erschossen!

Russisches — Allzu-russisches.

Die kommunistische Zeitung „Iswestija" schreibt zu den Aufständen in Südrußland:

„Woher nahmen sich die Arbeiter das Recht, den obersten Rat der Volkskommissare daran zu verhindern, den Weizen zu exportieren? Die höheren Interessen der Dritten Internationale erfordern Schlagfertigkeit der Armee, und der Staatsschatz muß über die nötigen Summen verfügen, um die Weltrevolution auszubreiten. Die hierfür notwendigen Fonds können nur durch den Getreide-Export geschaffen werden.

Wenn der unsittlichste Einwand erhoben wird, daß die Bevölkerung vor Hunger sterbe, so ist darauf zu erwidern **daß die kommunistische Politik sich nicht von Sentimentalitäten leiten lassen kann,** und unsere braven roten Truppen haben nur die **verdienten Repressalien vollzogen, als sie den Mund der 18 000 Arbeiter** und Vorstädter aus Charkow, die revoltierten und die nach Odessa bereits verladenen Weizentransporte heraubt haben, **mit Erde zustopften.**

Wir verlangen vom Volk, daß es sich **nicht mehr zu solchen konterrevolutionären Handlungen** hergibt, denn sonst wird die **Bestrafung noch viel strenger sein,** als die in Charkow."

Der russische Volkskommissar für den Außenhandel, Krassin, hat der Handelsdelegation in London und der russisch-englischen Gesellschaft „Arcos" die Weisung erteilt, **die Gehälter der Angestellten um 50 Prozent zu kürzen.** Die Angestellten haben dagegen Einspruch erhoben.

*

Nach einem Telegramm aus Stockholm melden dortige Zeitungen aus Omsk, dort seien elf Professoren und 63 Studenten verhaftet und nach dem nördlichen Teil von Sibirien verbannt worden. Sie sind angeklagt, Mitglieder von geheimen Organisationen zu sein.

*

Wie uns ein Telegramm aus Kopenhagen meldet, geriet der norwegische Postdampfer Manios gestern in der Nähe von Kristianiand in Feuer infolge einer Explosion. Fast die ganzen Postsachen wurden vernichtet. Die Explosion wird auf ein kommunistisches Attentat, das gegen gewisse Postsachen gerichtet war, zurückgeführt. Das Feuer wurde nach mehrstündigen Arbeiten gelöscht.

*

In Kagul (Bessarabien) wurde ein Sowjetagent verhaftet, der aus Odessa gekommen war, um Terrorbanden zu organisieren. Er legte ein vollständiges Geständnis ab und erklärte, er sei geschickt worden, um einen neuen Handstreich vorzubereiten.

Severing sabotiert die Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat am 25. Oktober folgende Verordnung erlassen:

„Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich: Die Bestimmungen der §§ 2 bis 5 der Verordnung über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Febr. 1924 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 152) in der Fassung der Verordnung vom 25. April 1924 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 429) und vom 17. Juni 1924 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 655) werden aufgehoben. Die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik zur Entscheidung über anhängige Beschwerdesachen bleibt unberührt.

Damit sind zugleich **Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel grundsätzlich erlaubt.**

Das paßt dem preußischen Innenminister, Herrn Severing, nicht. Deshalb hebt er die vorstehende Verordnung der Reichsregierung für den größten deutschen Staat, Preußen, kurzerhand wieder auf. Der amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

„Der Minister wird seine eigene Verordnung vom 24. Juli 1923 bis zum Wahltage aufrecht erhalten. Die Verordnung, die während der Geltungsdauer des Ausnahmezustandes ihre Bedeutung verloren hatte, beschränkt sich auf **das Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel** und hat sich bisher, besonders in bewegten Zeiten, als eine wirksame Vorbeugungsmaßnahme im Interesse aller Parteien erwiesen."

Begründet wird diese Sabotage der Reichsregierung damit, daß „die Sicherung der Wahlvorbereitungen" nicht gestatte, „die Kräfte der Polizei zu verzetteln durch Sicherung von Umzügen oder Versammlungen unter freiem Himmel, die sich in den letzten Monaten durch das Auftreten der verschiedenen Organisationen in Form von Fahnenwelpen, deutschen Tagen, republikanischen Tagen usw. beträchtlich vermehrt haben."

Es ist natürlich reiner Zufall, daß diese Anordnung des Herrn Severing erst ergangen ist nach Abhaltung der großen Heerschau des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gestern in Potsdam. Es gibt eben auch in der Parteipolitik glückliche Zufälle, man muß sie nur richtig auszunützen verstehen, und dazu haben ja eben die Sozialisten Minister in der preußischen Regierung.

Immerhin muß man doch sagen, daß eine solche Aufhebung einer Verordnung der Reichsregierung durch eine Landesregierung sehr, sehr sonderbar ist. Wenn die anderen Länder, Bayern usw., auch alle sozialdemokratische Innenminister hätten und das gleiche täten wie Herr Severing, dann mag die Reichsregierung genehmigen und verordnen was sie will: befolgt und durchgeführt werden darf es nirgends.

In Praxis ist das die Auflösung der Reichseinheit, und wenn sie von sozialdemokratischer Seite, die angeblich eine besondere Stütze der Reichseinheit sein will, vorbereitet wird, so kann man nur sagen: Sonderbar, sehr sonderbar. Man wird im Interesse der Reichseinheit dafür sorgen müssen, daß durch die Wahlen solche sozialistischen Sonderregierungen und Sonderverfügungen unmöglich werden.

*

Anläßlich des republikanischen Tages in Potsdam sandte der Reichspräsident Ebert folgendes Telegramm an das Reichsbanner: „Ihr Gelöbnis der Treue zur Republik und Reichsverfassung begrüße ich herzlich; möge ihre Kundgebung in Potsdam mit bestem Erfolg der Festigung und Vertiefung des republikanischen Staatsgedankens dienen. gez. Ebert." Warum hat wohl Ebert nicht auch einmal ein Telegramm an irgend eine nationale Veranstaltung mit dem Wunsche der **„Festigung und Vertiefung des nationalen Gedankens"** geschickt? Sollte er für die Nation soviel weniger übrig haben als für die Republik?

Bürgerschaftswahl in Hamburg.

Am Sonntag fand in Hamburg die Bürgerschaftswahl statt. Es erhielten an Stimmen nach dem vorläufigen Ergebnis: Demokraten 69 423, S. P. D. 161 484, Deutsche Volkspartei 67 514, Völkisch-sozialer Block 12 618, Kommunisten 75 333, Deutschnationale Volkspartei 84 713, Mieterverband 6373, U. S. P. D. 1602, Verein der Wohnungsuchenden 3390, Gewerbetreibende 6597, Freiwirtschaftsbund 2218, Zentrum 8109, Grundeigentümer 2737, Volkswirtschaftsbund 655. Es fehlen noch fünf Stadtbezirke und das Landgebiet, wodurch aber keine wesentlichen Veränderungen erfolgen dürften.

*

Bei der Reichstagswahl am 4. Mai wurden im Stadtbezirk Hamburg folgende Stimmen abgegeben:

Sozialdemokratie 173 587, Zentrum 9612, D. V. P. 76 482, Deutschnationale 122 004, Demokraten 81 514, Kommunisten 114 365, Völkische 37 757. Die städtischen Verluste haben, abgesehen von dem allgemeinen Rückgang an Stimmen infolge einer höchst bedauerlichen Wahlmüdigkeit, die Kommunisten und die Deutschvölkischen, deren Stimmenrückgang katastrophal ist. Gehalten haben die Stimmenzahl die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokratie, der Stimmenrückgang der Deutschnationalen entspricht etwa dem Rückgang der Wahlbeteiligung, ebenso der der Demokraten.

*

Nach den bis 12,15 Uhr vormittags vorliegenden Ergebnissen werden sich in der neuen Bürgerschaft die Mandate wie folgt verteilen (die in Klammern stehenden Zahlen geben die bisherige Zusammensetzung an):

Demokraten 23 (23), Sozialdemokraten 51 (69), Mieterverband 1 (—), Deutsche Volkspartei 22 (31), Unabhängige — (—), Verein der Wohnungsuchenden 1 (—), Völkisch-sozialer Block 4 (—), Kommunisten 25 (17), Gewerbetreibende 1 (—), Freiwirtschaftsbund — (—), Zentrum 3 (2), Deutschnationale 28 (18), Hanseatenbund — (—), Grundeigentümer — (—), Volkswirtschaftsbund — (—), insgesamt 159 (160).

Ein Mandat steht noch aus. Der bisherige Senat setzte sich aus Demokraten und Sozialdemokraten zusammen. Da zu seinem Weiterbestehen 81 Sitze erforderlich sind, fehlen ihm 7 Sitze, so daß er als gestürzt anzusehen ist.

Die französische Finanzlage und die Handelsvertragsverhandlungen.

Ein Blick in die französischen Zeitungen zeigt, daß die Franzosen allmählich in eine Stimmung hineinkommen, die mit unsrer deutschen in der schlimmsten Inflationszeit verteufelte Aehnlichkeit hat. Sie haben auch allen Grund dazu, denn die Lage ist ernst, außerordentlich ernst.

Als Herriot ans Ruder kam, versprach er und erwartete man von ihm, daß die durch den Frankensturz im Frühjahr sichtbar gewordenen Finanz- und Wirtschaftsschwierigkeiten sich bessern würden. Nichts von dem. Was er versprach, kann er nicht halten. Statt Steuerermäßigung und billigere Preise gibt es Steuererhöhung und Preiserhöhung.

Das kann auch nicht anders sein. **Denn die finanziellen Lasten des Staates sind verzweifelt hoch,** und das einzige Mittel, um wenigstens seine eigene Person von der Verantwortung zu entlasten, kann Herriot nicht anwenden: er kann nicht sagen, was zweifellos die Wahrheit ist, daß Poincarés Politik, die ganze nationalistische Politik an der Finanzkrisis schuld ist. Denn dann müßte er zugleich gestehen, was ebenfalls die Wahrheit ist, daß die nationale Großmachtpolitik mit ihrer Ueberspannung der Kraft und Leistungsfähigkeit des französischen Volkes unmöglich ist, zum Bankrott führt. Kein französischer Staatsmann aber wird sich und seinem Volke das eingestehen.

Also schweigt Herriot und führt nun einen Verzweiflungskampf gegen die tausend Schwierigkeiten, die wie die Hydra immer neue Schlangenhäupter zeigen, wenn er kaum das eine oder andere besiegt hat.

Die Hauptgefahren sind: Die Handelsbilanz, die für 1923 mit 3—4 Milliarden passiv war; die **schwebende Auslandsschuld** — im Ausland befindliche Anleihepapiere, Bonds der „Défense nationale", Auslandsguthaben bei französischen Banken usw. — in Höhe von rund **15 Milliarden;** der kurzfristige, durch die Bonds der Défense nationale im Innern des Landes **aufgenommene Kredit von 60 Milliarden,** der zu einer furchtbaren Gefahr wird, wenn das Publikum nicht mehr in der Lage oder nicht mehr gewillt ist, die verfallenden Bonds neue Bonds aufnehmen. Die gesamte innere Schuld Frankreichs soll **400 Milliarden Franks** betragen — eine einfach untragbare Belastung!

Dazu kommt noch die **aus dem Kriege herrührende Schuld** an die Vereinigten Staaten und an England, die sich einschließlich der seit Mai 1919 rückständigen Zinsen auf rund **35 Milliarden Goldfranks** beläuft. Allein die Zinsabtragungen auf diese Schuld würden die französische Unterbilanz auf über acht Milliarden Franks im Jahr erhöhen. Und auf ewig werden die Gläubiger nicht stunden.

Dazu die **schlechte Ernte** dieses Jahres, die eine Mehreinfuhr an Getreide von schätzungsweise einer Milliarde Franks nötig machen wird, ferner die mit der steigenden Teuerung steigenden Gehaltsansprüche der Beamten, der drohende Ausfall an Steuererträgen infolge des Einkommenrückganges der Steuerzahler; kurz, die Finanzlage Frankreichs ist verzweifelt.

Man rechnet auf zweierlei Erleichterungen: auf eine große **innere Anleihe,** die zum Kurs von 150 nach zehn Jahren rückzahlbar und mit fünf Prozent verzinslich sein soll; und auf eine große Anleihe von Amerika. Ob die innere Anleihe den gewünschten Erfolg hat, ist außerordentlich zweifelhaft, denn niemand hat Geld. Auch droht die in ihr liegende Gefahr eines Kurssturzes der bisherigen Anleihen die innere Unruhe noch zu steigern. Daher werden die Anleihechancen jetzt sogar dementiert. **Die äußere Anleihe** scheint nach den neuesten Nachrichten alles andere als gesichert zu sein; bei dem Stand der französischen Finanzen und bei der Rücksichtslosigkeit, mit der die Franzosen bisher jede Zinszahlung auf die Kriegsschulden verweigert haben, ist das kein Wunder.

Die außerordentlich schwierige Lage Frankreichs wird geradezu verzweifelt, wenn es den Franzosen nicht gelingt, mit Deutschland zu einem günstigen Handelsvertrag zu kommen, wenn gar anstelle der bisherigen Milliardenausfuhr nach Deutschland ein völliger oder fast völliger Stillstand der Ausfuhr tritt, etwa in der Art, wie die bisherige Ausfuhr Deutschlands nach Frankreich, die beinahe gleich Null war. Denn Frankreich hat im eigenen Lande, in seinen Kolonien und im sonstigen Ausland nicht annähernd den Absatz, den es braucht, und besonders **Elsaß-Lothringen** würde eine Absatzkrisis erleben, die dem französischen Staat, von den außerordentlich schwerwiegenden politischen Folgen ganz abgesehen, ungeheure Lasten für Arbeitslosenunterstützung usw. auferlegen würde. Elsaß-Lothringen kann ohne Ausfuhr nach Deutschland einfach nicht existieren.

Andererseits ist das französische Budget aufgebaut auf die sehr erheblichen deutschen **Reparationszahlungen.** Sie sind aber nur möglich bei entsprechend starkem deutschen Export, d. h. bei teilweiser Verdrängung der französischen Ausfuhr vom Weltmarkt. Was sie auf der einen Seite an Reparationszahlungen gewinnen, verlieren die Franzosen also auf der anderen Seite durch den Exportausfall.

Das ist in ganz kurzen Zügen das Bild der Lage, das unseren deutschen Vertretern bei den Handelsvertragsverhandlungen vorliegt. In unsere Außenpolitik sich klar darüber, daß **die ganze französische Nachkriegspolitik nur ein Krieg mit anderen Mitteln ist,** so muß sie sich wohl überlegen, ob wir dazu da sind, durch deutsches Entgegenkommen Frankreichs Schwierigkeiten zu erleichtern, oder ob unsere Politik nicht gegen-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241028015/fragment/page=0001

über unserm Volk und Staat die heiligste Pflicht hat, in dem Krieg der Nachkriegszeit, in dem Wirtschaftskampf **das einzige uns verbleibende Machtmittel, unsere Wirtschaftsmacht,** dazu einzusetzen, um Frankreichs Schwierigkeiten zu verschärfen, bis dieser Feind an seiner eignen Ueberspannung und Unfähigkeit zusammenbricht.

Es hat ganz den Anschein, als ob wir noch einmal Erzberger—Bethmannsche Politik machen, Versöhnung suchen, statt den Krieg zu Ende führen wollten, bis der Feind belegt am Boden liegt. Die Befriedigung der französischen Presse über die bisherigen Vertragsverhandlungen ist dafür ein bedenkliches Anzeichen.

Wir können den Export nach Frankreich genau so gut entbehren wie bisher, höchstens können wir dann einige Millionen weniger Reparationen zahlen. Aber Frankreich kann den Export nach Deutschland nicht entbehren.

Nutzen wir unsere Stärke und des Feindes Schwäche! Helfen wir zu Frankreichs Zusammenbruch: dann haben wir über Frankreich, trotz Versailles, trotz Entwaffnung, schließlich doch noch gesiegt. Dann, aber auch erst dann mag die Zeit kommen, wo wir mit Frankreich verhandeln: denn dann verhandeln wir als freies, ja als überlegenes Volk.

Elze.

Französische Hetze.

Der Pariser „Temps" bringt die Nachricht, daß der deutsche Admiral Hintze im Herbst die russischen Flottenmanöver leiten würde. Der Admiral sei von der Sowjetregierung beauftragt, den Ausbau der russischen Unterseebootsflotte in die Hand zu nehmen, auch solle er das russische Marinewesen neugestalten und ausbauen. Natürlich ist die ganze Geschichte erlogen. Aber in Frankreich wird sie geglaubt und dient entschieden zur „Völkerversöhnung".

*

In Frankreich wird wild gegen Deutschland gehetzt wegen der Beschlagnahme eines bei Emden gelandeten französischen Freiballons. Das deutsche Vorgehen ist völkerrechtlich durchaus berechtigt.

*

Der französische Kriegsminister Nollet hat in einem Interview erneut seine Pläne auseinandergesetzt, die gesamte französische Wissenschaft und Wirtschaft so zu organisieren, daß sie im Kriegsfalle sofort ihre ganze Leistungsfähigkeit in den Kampf einsetzen kann. „Umrüstung statt Abrüstung" nennt das durchaus mit Recht das „Berliner Tageblatt". Leider vergißt es wie gewöhnlich, auch für Deutschland daraus die Konsequenz zu ziehen, die ebenfalls heißen müßte: **„Umrüstung statt Abrüstung!"**

Schwierige Pariser Finanzkonferenz.

Heute tritt die während der Londoner Konferenz beschlossene interalliierte Finanzkonferenz zusammen. Der Pariser „Temps" teilt dazu mit:

Es handelt sich darum, eine genaue Bilanz aus der Besetzung des Ruhrgebietes zur Verteilung des Ueberschusses an die Alliierten zu ziehen. Die Verteilung dürfte sich schwierig gestalten, denn es sind noch verschiedene Fragen nicht gelöst, so z. B., ob die Kosten der Besetzung des Ruhrgebietes, die durch die französische und belgische Regierung aufgebracht wurden, auf das Konto der allgemeinen Ausgaben kommen sollen, oder ob sie von dem auf diese beiden Länder entfallenden Anteil an den Einnahmen abzuziehen sind.

Eine zweite Frage ist die folgende: Die **amerikanische Regierung** hat ihre **Okkupationskosten,** die sich auf 1 072 Millionen Goldmark belaufen, noch nicht zurückerhalten, und im Jahre 1922 wurde ihr die **Priorität** von den deutschen Zahlungen zuerkannt. Wird sie nun das Geld von den zu errechnenden Einnahmen zuerkannt erhalten?

Nach dem Wortlaut und Sinn der bestehenden Abkommen ist kaum zweifelhaft, daß beide Hauptfragen gegen Frankreich-Belgien zu entscheiden sind. Dann würden beide Länder allerdings kaum nennenswerte Reparationseinnahmen in diesem Jahr haben und die französischen Finanzschwierigkeiten werden noch schlimmer. Aber uns kann das nur recht sein.

EINER

sagt es dem Andern

DUNLOP

CORD

die Weltmarke

bürgt für Qualität!

Beamtenbesoldung.

Von Oberregierungsrat z. D. Göbel.

Seit der ersten Festsetzung der sogenannten Goldgehälter im Dezember vorigen Jahres verstummt in der Oeffentlichkeit der Streit um die Beamtenbesoldung nicht. Es ist für niemand weniger erfreulich, als für den Beamten selbst, wenn die bittere Not ihn zwingt, immer wieder mit Forderungen an die Regierung heranzutreten. Die ununterbrochenen Erörterungen über Besoldungsfragen sind auch geeignet, weite Volkskreise gegen die „ewig fordernden" Beamten ungünstig zu stimmen. Presseäußerungen, wie der Artikel der „Essener Bergwerkszeitung" vom 15. April 1924, der schon für die damaligen Verhältnisse eine Notlage der Beamten zu bestreiten wagte, sind ein Stimmungszeichen, das man nicht unbeachtet lassen darf. Noch erreicht aber im Gegenteil zu den Arbeiterlöhnen und vielen Angestelltengehältern der reale Wert der Beamtengehälter nirgends die Friedenshöhe. Und doch erkannte man schon vor dem Kriege an, daß die Gehälter der Erhöhung bedürfen. Verschiedene Berechnungen, die besonders in der Beilage „Der Deutsche Beamte" zur „Berliner Börsenzeitung" aufgestellt worden sind, zeigen, wie weit selbst die Nominalbeträge der Gehälter noch hinter den Friedensgehältern zurückbleiben. Gewiß müssen in der Notzeit des Volkes alle Volksteile Opfer bringen, und die Beamten, als die Diener des Staates, werden an Opferwilligkeit keinem nachstehen wollen. Aber die Opfer werden nicht so groß sein dürfen, daß große Teile der Beamtenschaft die Möglichkeit einigermaßen auskömmlichen Lebens und ordentlicher Erziehung ihrer Kinder nehmen. Aus der Kreisen der unteren und mittleren Beamten stammen sehr viele unserer besten höheren Beamten. Wohet sollen heute diese Kreise die Mittel nehmen, ihre Söhne studieren zu lassen? Eine Aufbesserung der Gehälter ist also unumgänglich. Man wird auch dafür sorgen müssen, daß die berechtigten Wünsche der Beamten für längere Zeit befriedigt werden, damit die fortwährende Unruhe in der Beamtenschaft aufhört und die Allgemeinheit mit neuen Forderungen der Beamten verschont werden kann.

Leider ist nun die Beamtenschaft in dem Kampf um die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz keineswegs geschlossen. Manche Mängel der Besoldungsreform vom Juni ds. Js. dienen immer noch dazu, die einzelnen Schichten gegeneinander auszuspielen. So läßt der Deutsche Beamtenbund in einer Mitteilung an die Presse vom 27. September erneut den Kriegsruf erschallen und behauptet sogar, durch die letzte Besoldungsreform werde die Beamtenschaft in drei Kulturschichten aufgeteilt. Ein wundervolles neues Schlagwort! Glücklicherweise nimmt demgegenüber in der Beamtenschaft die Einsicht immer mehr zu, daß für die Besoldung entscheidend ist nicht die Spannung zwischen den Besoldungsklassen, sondern die absolute Höhe des Einkommens der unteren Klassen. Mit Recht ist sowohl in der „Rundschau für Kommunalbeamte" wie in der „Zeitschrift des Bundes Deutscher Justizobersekretäre" darauf hingewiesen worden, daß die Hauptursache des Besoldungselends die sogenannte „Stichmanntheorie" ist, die das Beamtengehalt in Formen, die für den Beamten besonders nachteilig sind, mit dem Arbeiterlohn verkoppelt. Auch in der „Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes" (Nr. 92 vom 29. September 1924) ringt sich Herr Richard Reich endlich, wenn auch etwas zaghaft und unter vorsichtiger Schonung des anderen Standpunktes, zur Betonung der gemeinsamen Belange aller Beamten durch.

Er erkennt an, daß bei der Besoldungsregelung Staatsnotwendigkeiten dazu führen können, das aus sozialen Rücksichten Wünschenswerte zurücktreten zu lassen, und führt bezüglich der Berechtigung stärkerer Spannungen aus, daß die Parallele zwischen den Einkommensverhältnissen der Staatsbeamten und der Funktionäre des freien Wirtschaftslebens bei den höheren Besoldungsgruppen durchweg zuungunsten des Staates ausfiele. Er kommt zu dem Schlusse: „Eins ist sicher, man beschäftigt sich zweifellos viel zu viel mit der Frage der Spannung und macht sie zu einem Zankapfel innerhalb der Beamtenschaft. Diese Frage aber ist und bleibt von nur sekundärer Bedeutung." Wenn er dann die Art und Weise, wie am 1. Juni die Vergrößerung der Spannung durchgeführt wurde, abfällig beurteilt, so soll nicht bestritten werden, daß hier Grund zur Kritik vorhanden sein mag. Das Wichtigste ist das Durchdringen der Einsicht, daß der Streit um die etwas größere oder geringere Spannung unbedingt zurücktreten muß, wenn die Beamtenschaft ihr wichtigstes gemeinsames Ziel erreichen will: auskömmliche Besoldung gerade in den unteren Besoldungsklassen. Dann bringen die Spannungen auch den mittleren und höheren Klassen eine befriedigende Gehaltsregelung. Es liegt im gemeinsamen Interesse aller Beamten, ihre Kräfte nicht in gegenseitiger Bekämpfung zu versetteln, sondern sie geschlossen einzusetzen, um dem gesamten Beamtentum wieder diejenige wirtschaftliche und rechtliche Lage zu erringen, die es vom Staate, vor allem auch aus Rücksicht auf die Zukunft des Staates selbst, fordern muß.

Eine Rede Dr. Stresemanns.

Thüringer Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Im Rahmen des Thüringer Parteitages der Deutschen Volkspartei, der am Sonnabend und Sonntag in Mühlhausen stattfand, sprach Reichsaußenminister Dr. Stresemann über die politische Lage. Außenpolitisch müsse eine nationale Realpolitik getrieben werden im Gegensatz zur Illusionspolitik der extremen Parteien und zwar durch richtige Einschätzung der machtpolitischen Verhältnisse. „Nicht, indem man mit Liedern Frankreich dauernd siegreich schlägt, wird man dem deutschen Volke helfen können, sondern nur dadurch, daß man es durch Arbeit und Opfer wieder zu innerer und äußerer Freiheit führt."

Die innerpolitische Lage, die den neuen Wahlkampf herbeiführte, kennzeichnete Stresemann dahin, daß es darauf ankommt, wie die Führerquantitäten und die Einstellung der einzelnen Fraktionsmitglieder innerhalb der Fraktionen, in denen prinzipielle Auseinandersetzungen stattfinden, in Zukunft beschaffen sein werden. Er erörterte die Haltung der Sozialdemokratie, die aus Angst vor den Kommunisten die Staatsnotwendigkeiten nicht anerkannten. Die Demokraten haben sich von parteitaktischen Erwägungen leiten lassen. Nichts könne die Lage besser beleuchten, als der scherzhafte Ausspruch eines Demokratenführers:

„Republikaner vereinigt euch, denn es besteht die Gefahr, daß sich die Deutschnationalen auf den Boden der Republik stellen!"

Ueber die Stellung der Deutschen Volkspartei sagte Stresemann: Wir lassen uns das Recht nicht nehmen, das Vergangene hoch zu halten, aber wir verlassen dabei auch nicht den Boden der heutigen Staatsform. Wir wollen uns trotz der bitteren Erfahrungen aus dem letzten Wahlkampf den Deutschnationalen nähern, aber wir ziehen einen scharfen Trennungsstrich zwischen denjenigen Elementen der Deutschnationalen Volkspartei, die mit uns staatsbejahende Arbeit leisten wollen und den anderen, die den heutigen Staat verneinen. Alle staatspolitischen Momente sprechen für eine Heranziehung der Deutschnationalen, solange sie auf dem Boden der von ihnen gutgeheißenen Richtlinien stehen; und es hieße den staatsbejahenden Flügel schwächen, wollte man ihn grundsätzlich zurückweisen. Die reale Erfassung der Notwendigkeiten des Staatslebens ruhen lassen innen ist der Leitstern unserer Politik, und unter diesem Gesichtspunkte gehen wir in den Wahlkampf.

Das Urteil gegen die O. C.

Am Sonnabendnachmittag gegen 1 Uhr verkündete Senatspräsident Niedner nach vierstündiger Beratung folgendes Urteil:

Wegen Vergehens nach § 128 St.G.B. wurden verurteilt: Hoffmann, v. Killinger, Müller, Kautter zu je acht Monaten Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten auf die Untersuchungshaft. Henkel und Krebs je sechs Monate Gefängnis; Henrich, Schüder, Siebel, Werber je vier Monate, v. Zedtitz-Neufirch zu Koppe je drei Monate Gefängnis. Bei den Angeklagten wird ein Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet. Brauers und Mehrje vier Monate, v. Abendroth, Ehrentraut und Viebig je fünf Monate Gefängnis. Wegelin fünf Monate Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat auf die Untersuchungshaft. Seffner, Fritsch, Anders, Klinsich, Stohwasser und Wehrmann werden freigesprochen.

In der Begründung heißt es: Die Angeklagten sind Mitglieder einer Verbindung, die sich im Frühjahr 1920 gebildet hatte, gewesen. Sie gehörten in der Mehrzahl der Marinebrigade an, die der wegen Hochverrats verfolgte Erhardt führte. 1921 waren es zwei Ereignisse, die entscheidend machten, stärkeren Zusammenhalt nach Ansicht der Angeklagten zu schaffen, der 3. Polenaufstand und die mitteldeutschen Unruhen. Die O. C. hatte einen außenpolitischen und innenpolitischen Zweck. Kampf in Wort und Schrift sollte geführt werden. Es konnte nicht festgestellt werden, ob die Satzungen fertig oder nur Entwurf waren, deshalb hat sich der Gerichtshof auf den Standpunkt der Verteidigung gestellt und nur einen Entwurf angenommen.

Die Angeklagten haben sich nach ihren Satzungen hervorragend innerpolitisch betätigt. Die O. C. wurde zerschlagen, als die Staatsanwaltschaft Offenburg nach den Erzbergermördern fahndete. Die Spuren führten unmittelbar in das O. C.-Lager. Schulz und Tillessen hatten unter v. Killinger gearbeitet. Die rechtliche Wirkung ist, daß die sämtlichen Tatbestandsmerkmale des § 128 StGB. gegeben sind. Der subjektive Tatbestand, daß sie den Charakter der geheimen Organisation erkannt haben, ist bei denjenigen Angeklagten, die freigesprochen wurden, nicht gegeben. Die Verurteilten wußten von der Geheimhaltung der innerpolitischen Ziele.

Sonst hat die Verhandlung nicht erwiesen, daß die O. C. hochverräterische Pläne verfolgt hat oder eine Mörderzentrale gewesen ist. Allein, die Erzbergermörder waren Mitglieder, ebenso einer der Rathenaumörder. Erwiesen ist aber, daß sie eine sehr staatsgefährliche Verbindung war. Das Reichsgericht konnte nicht in Anwendung kommen, weil bei seinem Erlaß die O. C. nicht mehr bestand. Die Gefährlichkeit mußte berücksichtigt werden, wenn man ein gerechtes Urteil fällen wollte. Wenn sich auch der Vorwurf der Mörderzentrale nicht aufrecht erhalten ließ, so muß man doch bedenken, daß diese aus einer solchen Atmosphäre hervorgehen konnten. Auf der anderen Seite ist aber zu berücksichtigen, daß die Angeklagten dem Vaterland große Dienste geleistet haben und alle unvorbestraft sind.

Wollte man ein gerechtes Urteil fällen, so konnte man aber diese Milderungsgründe auf keinen Fall derart in den Vordergrund stellen, wie dies der Reichsanwalt getan hat. Es würde dies der Gerechtigkeit widersprechen. Aus diesen Gründen mußte man über die milden Strafanträge hinausgehen.

Mutter des Lebens.

Roman von **Grete Friedrich.**

10. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Mit einem Schlage wurde es totenstill. Gerlinde fühlte des Liebsten Augen durch das Dunkel fragen.

„Tante Dorette, ich habe Arnulf noch nichts von Mutters Lebensweg —"

„Du hast das noch nicht...?" rief Tante Dorette entsetzt. „Und verlangst so einfach?"

„Ja, das verlange ich," sagte Gerlinde streng. „Das verlange ich."

Sie zitterte innerlich, und ihre Stimme versagte. „Liebste —," bat Arnulf.

„Ich will dir die Geschichte meiner Mutter erzählen, Arnulf," begann Gerlinde endlich aufatmend. Und immer, solange sie sprach, fühlte sie einen leichten Druck auf ihrem Haupte, wie von einer segnenden Hand.

„Meine Mutter hatte schon als achtzehnjähriges Mädchen die unbezwingliche Sehnsucht des Weibes nach dem eigenen Kinde. Mutter hat mir ihr Tagebuch als ihr Vermächtnis an mich hinterlassen. Sie hat es begonnen mit ihrem Schrei nach dem Kinde. Ihr ganzes Wesen sehnte sich und flehte, es sprengte alle Hüllen vor dem Einzigen, Jauchzenden. Und nun, — alljährlich kam der Dichter Schall zu ihren Eltern in die Sommerfrische. Mutter beschreibt ihn als einen Menschen von unerhörter Einfühlungskraft, der einfach gezwungen wäre, fremde Not als eigene zu empfinden. ‚Du sollst dein Kindlein haben,' hat er damals geflüstert, das junge Weib am Herzen, ‚damit du blühen kannst, Madonna'. Dann ist er wieder in die Welt hinausgezogen, und Mutter hat ihn nicht mehr erwähnt. Noch war es ganz heimlich, noch war es ganz still, ihr Mutterhoffen, — da starben ihr Vater und Mutter schnell hintereinander, und die einzige, viel ältere Schwester Dorette stand fragend vor ihr. Sie schrieb fordernd, obwohl Mutter flehentlich bat, es nicht zu tun, an den Dichter Schall, — doch er war auf weiten Reisen, der Brief kam zurück. Was Mutter in der ersten, von Tante Dorette behüteten Muttererfüllung an heiliger Wonne erlebte, das steht in glückseligem Gestammel auf dem Papier. Tante Dorette schrieb zum zweiten Male an den Dichter Schall, und dieses Mal kam der Brief nicht zurück. Der Dichter hatte vor ganz kurzer Zeit geheiratet, eine Ehe war somit unmöglich, in der das Kind geboren gewesen, aber er wollte in Vaterpflichten da sein für das Kind, dem er sich mit ganzer Verantwortung als Vater fühlte. Mutter empfand diese Wendung zuerst als Erlösung. Bis sie dann mit einem Male durch die Gewißheit von der Halbheit ihres Werkes eine Schuld sich riesengroß auftürmen sah. Das war damals, als das Kind zur Schule kam und vier Freundinnen gewann und es diese sonnigen Pastorenmägdlein Lilli, Hella, Roswitha und Tilda Rothschwanz mit in ihr Kinderland zogen. Da wußte Mutter, daß ein Kind eine Ehe braucht, um am sicherstenzu gedeihen. Mutter war sehr schwach in diesen Wochen, Körper und Seele waren ihr wie zerschlagen. Bis sie dann in einer Stunde tiefster Offenbarung in Freudentränen vor ihrer Schwester stand. Die kleine, mutige Pastorentrau hatte ganz einfach zu ihr gesagt: ‚Die Scharte wird ausgewetzt, meine gute Frau Reichenbach. Wir Frauen müssen unbedenklich für einander da sein.' — So bin ich dennoch aufgewachsen im Garten einer lichtdurchfluteten Kindheit. Im Pfarrhause sah Mutter den Vater noch einmal wieder, kurze Zeit darauf starb er. Durch Tante Doroties Hilfe, hauptsächlich aber durch die Fürsorge meines Vaters über seinen Tod hinaus, war es mir möglich, die Schule bis zum Abiturium zusammen mit den vier Rotschwänzchen zu besuchen. Auch das Studium wäre möglich gewesen, ohne daß ich Not gelitten hätte. Ja, wir fünf Unzertrennlichen wollten studieren, wollten helfen, dem Einfluß der Frauen auf alles Leben zu verstärken.

Da kam die große Frage aus der Ewigkeit in mein Leben. Meine Mutter stellte sie nach ihrem plötzlichen Tode in ihrem Bekenntnisbuche. Das letzte was sie schrieb: ‚Mein Kind, täusche dich nicht über deine Seligkeit. — Es wird für dich die Stunde kommen, wo du mit unwiderstehlicher Gewalt nach dem Wunder des Lebens in dir verlangen mußt. Schaffe deinem Kinde das Kinderland, die Ehe, bevor es selbst da ist. Ich habe den Mann umgehen wollen zu meiner Seligkeit, und habe damit mein Kind getroffen. Der Himmel könnte beim zweiten Geschlecht bereit sein, die Sünde der Mutter im Kinde heimzusuchen.' Damals erlebte ich die Zeit, wo mein Frauenbewußtsein eisern hart geschmiedet wurde, wo mein Weg vor mir emporstieg, steil und erbittlich streng. Ich mußte ihn gehen, — und ich bin ihn gegangen. Er war nur die Fortsetzung von Mutters Weg..."

Arnulf lag vor der Geliebten auf den Knien. „Mutter, du," sagte er. „Mutter des Lebens."

Am anderen sonnigen Morgen führte Gerlinde ihren Arnulf in das Pfarrhaus; und die Frau Pastorin Rotschwanz, lebhaft, erschreckend klug und jung, trotz ihrer grauen Haare, hieß beide von Herzen willkommen.

„Nun haben sie alle vier ihren Doktor gemacht, meine klugen Mädels," freute sie sich ihrer Kinder.

Hinter dem Pfarrhause, im Garten der Kindheit, der viel früher einmal ein Friedhof war und jetzt in aller Sommerfülle prangte, saß ein schmächtiges, graues Männchen nachdenklich auf einem umgestürzten Grabsteine, — der Herr Pastor.

„Man philosophiert, wenn das Alter kommt, mein Töchterchen. Es freut mich," er, der selbst keinen Sohn besessen, sah in wahrem Vaterstolze zu Arnulf hinauf, „daß du deine Wahl getroffen hast nach deinem inneren Gesetz... Du bleibst immer unser fünftes, liebes Töchterchen. Auch wenn dein Weg nicht schnurgerade mit denen der anderen lief."

*

Die Hochzeit wurde gefeiert an einem strahlenden Oktobertage, als das Pfarrhaus über und über in der leuchtenden Glut des wilden Weines stand.

In der Kirche hob Gerlinde den tiefen Blick zu der Mutter Gottes empor, die im starrenden Goldgewande, den Jesusknaben auf dem Arme, aus dem Altarbilde hernieder sah: „Blickst du heute auf mich herab, Mutter des Lebens, wo ich mich mit dir so heilig eins fühle —?"

Arnulf folgte dem Blick, und eine neue Woge von Erfüllung bedrängte ihn. — Da hallte die Stimme des väterlichen Freundes. Es blieb wie eine Weihe dieses eine:

„Daß eines das andere mit sich in den Himmel zieht!"

Ein feierlicher Tannenweg führte von der Kirche zum Pfarrhause, und der kleine Hochzeitszug schritt hindurch. Gerlinde und Arnulf gingen leicht beschwingt. Vor ihnen Wolfgang und Adelrune, licht- und kranzgeschmückt: die Zukunft. Pastor Rotschwanz führte Tante Dorette. Und diese Tante Dorette sah nur ihre geliebte Gerlinde in Schleier und Kranz, und ihr Gesicht strahlte im höchsten Triumph. Gegenüber der Menschenmenge, die, wie das einmal unabwendbar ist, den Zug unerbittlich verfolgte, drückte ihr Gesicht nur das eine aus: Wißt ihr nun, was unsere Gerlinde wollte? Da seht ihr's leibhaftig vor euch: diesen baumlangen Kerl wollte sie, und sie hat ihn — hah! Lilli führte die Frau Pastorin, und den Schluß bildeten: Hella, Roswitha, Tilda.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19241028015/fragment/page=0002